

12.19

**Abgeordneter Herbert Kickl (FPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Antrag zum Schutz der Österreicherinnen und Österreicher beginnen. Das erscheint mir angesichts der Handelnden hinter mir auf der Regierungsbank notwendig, denn wir haben in der Debatte bisher gehört, dass die Europäische Union mit dem Austritt der Briten einen sehr potenten Nettozahler verliert – allzu viele sind es ja nicht, die dort als Nettozahler aktiv sind. Es droht ein Ausfall von 5 Milliarden €, und ich muss ganz ehrlich sagen, ich traue es Ihnen leider inzwischen zu, völlig skrupellos wieder in die Taschen der Österreicherinnen und Österreicher zu greifen, um dieses Loch zu stopfen, oder sich zu der Wahnsinnsidee zu versteigen, die Europäische Union vielleicht noch irgendwie dazu zu ermächtigen, selbst Steuern einzuhoben. Beides wollen wir mit diesem Antrag verhindern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich stelle daher folgenden Antrag:

#### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend keine finanzielle Mehrbelastung Österreichs durch die Europäische Union

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene gegen eine Erhöhung des Nettobeitrags Österreichs sowie gegen EU-Steuern, die zu einer Mehrbelastung Österreichs führen können, auszusprechen.“

\*\*\*\*\*

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, das auch hier einmal gesagt zu haben, denn geredet wurde bis jetzt viel, Antrag habe ich noch keinen einzigen gehört.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, was mir in dieser ganzen Debatte sehr, sehr sauer aufstößt, insbesondere vonseiten der Regierungsbank: Sie machen hier einen auf besorgten Staatsmann. *(Zwischenbemerkung von Bundesminister Schelling. – Bundesminister Leichtfried: Und was machen Sie?)* Das ist der gesamte Habitus, der Tonfall: der besorgte Staatsmann. In Wirklichkeit ist es genau diese Form der Besserwisserei und genau diese Form der Bevormundung, die unter anderem auch in Großbritannien abgestraft worden ist. *(Vizekanzler Mitterlehner: Mittlerweile wissen wir es ja! Wir wissen es jetzt schon besser!)* Das ist genau der Punkt. Und dann regen

Sie sich über diejenigen auf, die die Flucht ergriffen haben. (*Zwischenbemerkung von Bundesminister **Leichtfried**. – Abg. **Kogler**: ... Demagogen!*)

Ich greife jetzt Ihr Argument auf. Ich kenne auch im Inland Flüchtlinge. (*Bundesminister **Schelling** – auf den leeren Sitzplatz des Abg. Stracheweisend –: Strache zum Beispiel!*) Ihr Herr Spindelegger ist geflüchtet, Ihr Herr Faymann ist geflüchtet aus der Verantwortung für den Scherbenhaufen, den er uns in diesem Land hinterlassen hat (*Beifall bei der FPÖ*), und für die Unfähigkeit, dieses Land zu reformieren.

Davongelaufen sind beide (*Zwischenruf der Abg. **Korun***), und im erweiterten Umfeld der Europäischen Union sind sie weich zur Landung gekommen. – So viel zu denjenigen, die von Ihrer Seite geflüchtet sind. (*Zwischenbemerkung von Vizekanzler **Mitterlehner**.*)

Es gibt noch einen prominenten Flüchtling: der griechische Finanzminister Varoufakis, der Darling der Linken. Nachdem er zunächst ganz Europa über den Tisch gezogen und sich dann geweigert hat, die Reformen umzusetzen, hat er sich auf sein Motorrad gesetzt und ist geflohen; und seither ist er gern gesehener Gast und Superintellektueller in irgendwelchen linken Vortragszirkeln. – So viel zu denjenigen, die geflüchtet sind. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. **Franz**.*)

Jetzt stellen wir uns einmal eine ganz einfache Frage, denn diese Frage wird immer zu wenig beleuchtet, aber ich halte sie für substanziell in der Auseinandersetzung mit der Problematik: Für wen ist diese Europäische Union eigentlich da? Wem hat diese Europäische Union eigentlich zu dienen? (*Zwischenbemerkungen von Bundesminister **Leichtfried** und Vizekanzler **Mitterlehner**.*) Das ist eigentlich eine ganz einfache Frage, aber sie fällt immer ein bisschen unter den Tisch, und in der Beantwortung dieser Frage entscheidet sich alles. Sind es die Interessen der Großkonzerne, der Lobbyisten, der Banken? (*Präsident **Kopf** ersucht Bundesminister **Leichtfried** und Vizekanzler **Mitterlehner** um Ruhe. – Abg. **Walter Rosenkranz**: Danke, Herr Präsident!*) Sind es die Interessen derer, die möglichst unkompliziert und möglichst ungestört Profit machen wollen? – Ja, wenn Sie dieser Meinung sind, dann willkommen im Klub von Schulz und Juncker, dort, wo Macht und Rausch eine seltsame, unheilvolle Kombination zulasten der europäischen Bevölkerung eingegangen sind, dann gehören Sie dorthin! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Oder hätte die Europäische Union nicht die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen? Und das sind immer noch die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, denn europäische Bürger in dem Sinn gibt es nicht, auch wenn Ihnen das nicht ins Konzept passt. Das ist dann sozusagen dieser verpönte Begriff des Volkes, um den

Sie einen großen Bogen machen, dabei vergessend, dass Sie selbst auf eine Verfassung vereidigt sind, in der ausdrücklich festgeschrieben ist, dass das Recht von diesem Volk ausgeht. (*Abg. Lopatka: Wir heißen Volkspartei, falls Sie das nicht wissen! Wir sind die Volkspartei!*) Das muss man Ihnen immer wieder sagen, denn ich hatte heute manchmal den Eindruck, dass ein Sprecher der Europäischen Kommission hier am Wort ist, aber nicht der Bundeskanzler der Republik Österreich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man der Meinung ist, dass es das Volk ist, dass es die Bürger sind, denen die Europäische Union zu dienen hat, dann hat man dieses Votum in Großbritannien zur Kenntnis zu nehmen, dann hat man die Wählerinnen und Wähler dort nicht in einer Art und Weise, wie wir es von Ihnen allen gewohnt sind, wenn die Wahlergebnisse nicht stimmen, zu beleidigen (*Zwischenruf des Abg. Kogler*) und dann hat man sich nicht zu Horrorszenarien apokalyptischen Ausmaßes zu versteigen, die ja überhaupt nicht haltbar sind. (*Abg. Kogler: Die WählerInnen beleidigt niemand! Demagogen ...!*)

Das finde ich ja interessant: Das Pfund geht nach unten. – Ja, meine Damen und Herren, wie lange ist denn der Euro aufgrund Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik, trotz Ihrer milliardenschweren Rettungspakete schon auf Talfahrt? Das ist eine Talfahrt, die es nicht erst seit gestern gibt! (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Hagen.*)

Die Wirtschaft wird leiden! – Ja, das mag sein, dass es schwieriger wird (*Bundesminister Schelling: Herr Kickl, ... Wirtschaft!*), aber wo gibt es die Massenarbeitslosigkeit, wo? – In der Europäischen Union! Wo gibt es sie denn? Wo gibt es denn so viele Arbeitslose wie seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt noch nie? Das ist doch diese Europäische Union, die sich jetzt selbstherrlich herstellt, in einer Art von Schadenfreude, möchte man schon fast sagen, und auf die Briten zeigt und sagt: Schaut, wie schlecht es euch gehen wird! Aber sie vergisst den Blick in den Spiegel, und das sollte man tunlichst nicht machen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt in dieser Auseinandersetzung; also auch da arbeiten Sie nicht ehrlich.

Dann kommen Sie mit Erklärungen daher: Die bösen Populisten sind es gewesen! Es gibt natürlich nur Rechtspopulisten; Linkspopulisten, das ist in Ihrer Denkwelt ein Unding, dabei kenne ich keinen größeren Populisten in Österreich, als Bruno Kreisky einer war – das muss ich noch einmal festhalten –, und er war sicherlich kein Rechter. Aber die Populisten sollen es gewesen sein und die Versprechen. – Darf ich Sie daran erinnern, dass es in Österreich eine Abstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union gegeben hat, so wie es in Großbritannien eine über den Beitritt zum EWR

gegeben hat. Und was war denn das, was man den Menschen damals aufgetischt hat? – Populismus der reinsten Sorte! (*Zwischenbemerkung von Bundesminister Schelling.*)

Alles wird billiger werden, haben wir gehört, einen Tausender ersparen wir uns. (*Zwischenruf des Abg. Vetter.*) Es wird keine Grenzkontrollen mehr geben. – Jetzt haben wir sie, weil Sie die Probleme nicht in den Griff bekommen. Die Arbeitsplätze werden mehr werden. – In Wirklichkeit haben wir Massenarbeitslosigkeit und so weiter und so fort. Also das war Populismus, den Sie da betrieben haben. Messen Sie doch nicht mit zweierlei Maß! Das ist doch unerhört! (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten des Teams Stronach.*)

Ich sage Ihnen nur eines: So, wie Sie agieren, und so, wie insbesondere die maßgeblichen Repräsentanten der Europäischen Union in diesen Tagen nach Brexit reagiert haben, hat man das Gefühl, dass das eigentliche Wahrzeichen dieser Union das hohe Ross sein sollte. Das hohe Ross, von dort herunter hat man agiert. Dabei wäre es eine riesige Chance für die Europäische Union gewesen, einen Umdenkprozess einzuleiten, nicht nur immer das zu machen, was Sie nach jeder EU-Wahl, die für Sie von Rot und Schwarz quer über den Kontinent immer schlechter ausgeht, versprechen: Jetzt brauchen wir mehr Bürgernähe! – Nach 14 Tagen ist alles vergessen, bis Sie den nächsten Denkkzettel bekommen.

Nein, wirklich umzudenken und zur Tat zu schreiten, das ist ein entscheidender Punkt, und vor allem, den Fehler nicht bei den Briten, bei den Ungebildeten, bei den Alten und bei irgendjemandem zu suchen, sondern bei sich selbst, in dieser Europäischen Union und ihren Organen selbst (*Abg. Königsberger-Ludwig: Sie haben wirklich nicht zugehört, oder?!*), bei einem Herrn Juncker und anderen „Sympathieträgern“ dieser Europäischen Union, die ja die Völker regelrecht aus diesem Verbund hinausekeln, so wie sie sich in ihrer ganzen Überheblichkeit aufführen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Diese Chance haben Sie ausgelassen, aber das wäre der entscheidende Punkt gewesen. Nur dann, wenn das passiert, wird die Europäische Union wirklich bürgernah werden, dann gibt es eine demokratische Weiterentwicklung, dann gibt es auch den sozialen Frieden und keine schiefe Ebene, wo die einen zahlen und die anderen konsumieren, denn auch das ist ein Ergebnis einer viele, viele Jahre dauernden Entwicklung, die angeblich den Ausgleich schafft. – Kein Wort davon ist wahr!

Das ist das, was wir verfolgen. (*Zwischenbemerkung von Bundesminister Leichtfried.*) Das ist das neue Europa, das ist der Punkt. Diese positive Entwicklung wollen wir befördern, und der Austritt der Briten hätte eigentlich für Sie alle eine Initialzündung in

diese Richtung sein müssen. Das ist der Punkt, um den es uns geht, und da lassen wir uns nicht von Ihnen das Wort im Mund umdrehen in Richtung irgendwelcher Austrittsoptionen.

Ich sage Ihnen eines: Das ist der mühsamere Weg, es ist der beschwerlichere Weg, aber es ist der nachhaltigere Weg, und er nimmt die Menschen mit auf diese Reise, und genau darum geht es, denn dafür sollte die Europäische Union – wie ich es am Beginn gesagt habe – da sein. Das ist unsere Vorstellung eines Europas, eines **neuen** Europas. (*Bundesminister Schelling: Sind Sie jetzt für den Austritt oder nicht?*) Das, was Sie vertreten, das ist Europa uralt. (*Anhaltender Beifall bei der FPÖ.*)

12.28

**Präsident Karlheinz Kopf:** Der von Herrn Abgeordneten Kickl eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

*Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:*

### **Entschließungsantrag**

*des Abgeordneten Kickl und weiterer Abgeordneter betreffend keine finanzielle Mehrbelastung Österreichs durch die Europäische Union*

*eingebracht im Zuge der Debatte über Tagesordnungspunkt 1, EU-Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 74b Abs. 1 lit b der Geschäftsordnung des Nationalrates, in der 136. Sitzung des Nationalrates in der XXV. GP am 6.7.2016*

*Die Europäische Union hat nun nach dem Referendum am 23.6.2016 ein Mitgliedsland weniger: 51,9 Prozent der Briten haben beim Brexit-Referendum für einen Ausstieg aus der EU gestimmt, 48,1 Prozent dagegen.*

*Medial wurde bereits berichtet, dass die Folgen eines Brexit nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den anderen Mitgliedstaaten spürbar werden und Brexit die Kosten der EU-Nettozahler steigen lassen würden.*

*Österreich werde nach einem Ausscheiden Großbritanniens mehr Mitgliedsbeitrag an Brüssel abliefern müssen. Großbritannien ist nämlich trotz seines ausgehandelten Rabatts Nettozahler – zuletzt mit rund 5 Milliarden Euro jährlich. Diese Summe müssten nun großteils andere Nettozahler übernehmen.*

*Laut Expertenschätzungen käme auf Österreich ein zusätzlicher jährlicher Mitgliedsbeitrag von 150 Millionen Euro zu (bzw. einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 277 Millionen Euro brutto).*

*Schon heute leistet Österreich rund 1 Milliarde Euro jährlich (brutto lag der Anteil Österreichs zuletzt sogar bei 3 Milliarden Euro).*

*Eine derartige Mehrbelastung Österreichs ist klar abzulehnen. Konsequenterweise darf es durch Brexit auch nicht zur Einführung von EU-Steuern, die zu einer Mehrbelastung Österreichs führen können, kommen.*

*Es wäre stattdessen nun an der Zeit, beim aufgeblähten EU-Verwaltungsapparat anzusetzen und ein neues, schlankes EU-Budget zu erstellen.*

*Dringliche Aufgabe der Bundesregierung ist es daher nun sicherstellen, dass es zu keinen zusätzlichen Belastungen der österreichischen Steuerzahler durch Brexit kommt.*

*Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden*

#### *Entschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene gegen eine Erhöhung des Nettobeitrags Österreichs sowie gegen EU-Steuern, die zu einer Mehrbelastung Österreichs führen können, auszusprechen.“*

\*\*\*\*\*

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Wurm. – Bitte.